



AUSGABE 157
Oktober 2014

ANALYSEN & ARGUMENTE

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Die deutsche G7-Präsidentschaft (II)

WIRTSCHAFTLICHE AKZENTE FÜR ENTWICKLUNG
UND WOHLSTAND SCHAFFEN

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

Der Grundstein für die neue Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 muss auf einer tiefgreifenden Bilanz der im Jahre 2001 formulierten Millenniumsentwicklungsziele basieren. Auch müssen die aktuellen Diskussionen zur nachhaltigen Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und das Zusammenspiel von Klima- und Entwicklungspolitik in Betracht gezogen werden. Nur wenn es gelingt, die Wachstumspotentiale in den Entwicklungs- und Schwellenländern nutzbar zu machen, wird die Entstehung größerer entwicklungs- und sicherheitspolitischer Herausforderungen gehemmt. Vor diesem Hintergrund sollte sich die deutsche G7-Präsidentschaft auf zwei Handlungsfelder konzentrieren: Erstens sollte sich Berlin im Rahmen des selbst gesetzten Schwerpunkts „Gute Arbeit in der modernen Welt“ für eine Aufwertung und den Ausbau der Grund- und der weiterführenden Bildung einsetzen. Zweitens sollte die Bundesregierung besseren Arbeitsstandards in den Schwellen- und Entwicklungsländern Priorität einräumen und dafür werben, dass die betroffenen Länder für Fortschritte in diesen Bereichen Handelspräferenzen erhalten.

Informationen zum Arbeitskreis Junge Außenpolitiker unter:
<http://www.kas.de/jungeaussepolitiker>

Perspektiven deutscher Außenpolitik: <http://www.kas.de/perspektiven>

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-069-2



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3	EINLEITUNG: DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT	
3	CHANCEN FÜR DIE G7 IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN SCHLÜSSELJAHR 2015	
3	ÖKONOMISCHE AKZENTE SETZEN UND FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN: FÜR EIN ÖKONOMISCHES LEITMOTIV IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	
4	EMPFEHLUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT	
	1. Arbeit und Ausbildung	4
	2. Handelspräferenzen im Gegenzug für gute Arbeitsstandards	4



EINLEITUNG: DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT

Im Juli 2014 übernahm Deutschland die Präsidentschaft der G7 und ist damit Gastgeber des Treffens der G7-Staats- und Regierungschefs am 4./5. Juni 2015. Die Präsidentschaft gibt Deutschland die Möglichkeit, die Agenda des Gipfelfreffens verstärkt mitzubestimmen. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, dass sie ein besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen legen wird. Zudem soll die Konferenz im Hinblick auf die geplante Klimakonferenz in Paris den Klimaschutz als Schwerpunkt haben. Ein weiteres Thema, das auf der Tagesordnung stehen wird, ist der Bereich Außen- und Sicherheitspolitik. Hierbei sind naturgemäß aktuelle Krisen und Konflikte im Fokus.

Der Gipfel bietet jedoch auch Gelegenheit zur Behandlung längerfristiger Anliegen und zum Start gemeinsamer G7-Initiativen. Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung im Vorfeld zur Konferenz drei Papiere erarbeitet, die sich mit den Themen Außen- und Sicherheitspolitik (Papier I), Entwicklungspolitik (vorliegendes Papier II) und Klimapolitik (Papier III) beschäftigen. Auf Grundlage der kurzen Analyse zu Beginn jedes Papiers sind konkrete Handlungsvorschläge dargelegt, welche die Bundesregierung im Rahmen der G7-Präsidentschaft vorantreiben sollte.

CHANCEN FÜR DIE G7 IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN SCHLÜSSELJAHR 2015

Aus der wirtschaftlichen Stärke der reichen Industriestaaten erwächst eine besondere entwicklungspolitische Verantwortung. Mit Blick auf das Schlüsseljahr 2015 kommt es mehr denn je auf eine wertgebundene und kohärente Entwicklungspolitik an: Erstens wird die internationale Gemeinschaft eine Bilanz der im Jahre 2001 formulierten Millenniums-entwicklungsziele (MDGs) ziehen und zugleich den Grundstein für die neue Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 (*Sustainable Development Goals*, SDGs) legen. Zweitens kommt Bewegung in die Diskussion um die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), denn die Nachjustierung des Monterrey-Konsensus, einer 2002 verabschiedeten Erklärung zur Entwicklungsfinanzierung, wird drängender. Zudem werden, drittens, klimapolitische Weichen gestellt (*Conference of the Parties on Climate Change*, COP21), die auch die zukünftige Ausgestaltung globaler EZ beeinflussen werden. Die deutsche G7-Präsidentschaft bietet der Bundesregierung somit Gelegenheit, in diesen Prozessen besondere Akzente zu setzen. Das Ziel all dieser

Bemühungen muss eine nachhaltige ökonomische Entwicklung sein, die staatliche, nicht-staatliche und privatwirtschaftliche Akteure gleichermaßen in die Pflicht nimmt. Wie dringend eine Verbesserung der Lebensstandards geboten ist, zeigen die Flüchtlingsbewegungen nach Europa und Nordamerika, die trotz beeindruckender wirtschaftlicher Aufholprozesse zunehmen.

Auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bieten der Ausschluss Russlands und die Rückkehr zur Gruppe der Sieben Chancen. Die Staaten der G7 teilen die Auffassung, dass Demokratie und freie Marktwirtschaft einander begünstigen. Eine von gemeinsamen Werten getragene Entwicklungsagenda lässt sich nicht nur zielgerichteter formulieren, sondern klare Konditionalitäten – gute Regierungsführung, demokratische Standards, Einhaltung von Menschenrechten – lassen sich zudem leichter umsetzen.

ÖKONOMISCHE AKZENTE SETZEN UND FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN: FÜR EIN ÖKONOMISCHES LEITMOTIV IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Das Millenniumsziel zur Halbierung der absoluten Armut bis 2015 ist bereits 2010 erreicht worden. Dieser Erfolg ist allerdings weniger auf die Implementierung der MDG-Agenda zurückzuführen, als vielmehr auf das von der Globalisierung getriebene Wachstum der Weltwirtschaft. Davon haben breite Bevölkerungsgruppen in Entwicklungs- und Schwellenländern profitiert, die extreme Armut überwinden konnten. Die Erfolge der vergangenen Jahre haben deutlich demonstriert, dass die Weltwirtschaft eben kein globales Nullsummenspiel ist, sondern wachsender und barrierefreier Handel für alle beteiligten Partner Chancen eröffnet. Die Bundesregierung sollte sich mit Blick auf die G7-Präsidentschaft deshalb fragen, was die EZ und der für 2015 avisierte Prozess zur Formulierung neuer Entwicklungsmeilensteine leisten können, um die Entwicklungspotentiale durch stärkeren Handel zu stimulieren.

Damit die Ökonomien der Entwicklungs- und Schwellenländer sich im Sinne einer verstärkten wirtschaftlichen Diversifizierung entfalten können, benötigen sie gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte, umfassende Möglichkeiten zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Für die internationale EZ ist daher wesentlich, die Verengung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ auf Nichtregierungsorganisationen zu vermeiden und der Privatwirtschaft einen festen Platz einzuräumen. Als treibende Kraft der Globalisierung agiert die Privatwirtschaft längst entwicklungspolitisch. Dieser Spielraum ist bei



weitem nicht ausgeschöpft: Indem die enge Verknüpfung von Investitionsrisiken wie Korruption und Instabilität in Entwicklungs- und Schwellenländern und den aus nachhaltiger Entwicklung erwachsenden Vorteilen wie verlässliche Regierungsführung und Effizienzsteigerung deutlich gemacht wird, lassen sich Anreize zur Übernahme von mehr Verantwortung setzen.

Die G7 kann die SDGs nur dann mitgestalten, wenn sie ihrer eigenen Verantwortung gerecht wird und konkrete Angebote unterbreitet. Gerade im Bereich der Handelspräferenzen haben die Industrienationen großen Gestaltungsspielraum. Leichtere Zugangsmöglichkeiten zu ihren Märkten würden ein klares Signal der Kooperationsbereitschaft senden. Gleichzeitig nähme ein solcher Schritt die Schwellenländer in die Pflicht, selbst Verantwortung zu übernehmen und schüfe neue Wirtschaftsanreize und mehr Wettbewerb in den Industrienationen selbst. Gelingt es den Industriestaaten, die Wachstumspotentiale in den Entwicklungs- und Schwellenländern nutzbar zu machen, dann hemmen sie mittelfristig die Entstehung größerer entwicklungs- und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Die Motivation, ökonomische Perspektiven in Europa und Nordamerika zu suchen, nähme ab. Vielmehr würde dies den Gesellschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit eröffnen, eigene Einnahmen zu generieren, die für die Schaffung belastbarer sozialstaatlicher Strukturen unerlässlich sind.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT

Vor diesem Hintergrund sollte sich die deutsche G7-Präsidentschaft auf zwei Handlungsfelder konzentrieren: Erstens sollte sich Berlin im Rahmen des selbst gesetzten Schwerpunkts „Gute Arbeit in der modernen Welt“ für eine Aufwertung und den Ausbau der Grund- und der weiterführenden Bildung einsetzen. Zweitens sollte die Bundesregierung besseren Arbeitsstandards in den Schwellen- und Entwicklungsländern Priorität einräumen und dafür werben, dass die betroffenen Länder für Fortschritte Handelspräferenzen erhalten.

1. Arbeit und Ausbildung

Die vollständige Primarausbildung von Kindern und Jugendlichen war eines der wesentlichen Ziele, die in den MDGs formuliert wurden. Tatsächlich können die Entwicklungs- und Schwellenländer in dieser Hinsicht substantielle Fortschritte vorweisen. Der Blick auf die Einschulungsraten für Jungen und Mädchen deutet in vielen Partnerländern auf

eine Grundschulbildung hin, die zumindest nominell alle Kinder erfasst.

Auch in Entwicklungs- und Schwellenländern sind gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte für eine diversifizierte und wettbewerbsfähige Wirtschaft unerlässlich. Die EZ muss deshalb darauf hinwirken, dass die Primarschulbildung auch in weiterführende Ausbildung mündet. Hier reichen quantitative Ziele nicht mehr aus, vielmehr ist eine Betonung qualitativer Bildungsstandards erstrebenswert.

Deutschland verfügt mit dem dualen Ausbildungssystem über ein weltweit anerkanntes Modell zur Qualifizierung von Fachkräften. Dieses Instrument sollte noch stärker in die Entwicklungspartnerschaften integriert werden, weil der dabei erzielte Mehrwert für alle Beteiligten besonders hoch ist: Eine praxisorientierte Qualifizierung trägt unmittelbar zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit bei. Gleichzeitig profitieren privatwirtschaftliche Akteure von den daraus erwachsenden Fähigkeiten und gesteigerter Effizienz. Im Rahmen der G7 sollte die Bundesrepublik daher einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz mitentwickeln und den hohen Stellenwert der weiterführenden Bildung unterstreichen. Die langfristige Etablierung eines vergleichbaren Modells in den Partnerländern könnte Deutschland bereits zeitnah durch den Ausbau internationaler Austauschprogramme und die Ausbildung ausländischer Fachkräfte in Deutschland unterstützen.

2. Handelspräferenzen im Gegenzug für gute Arbeitsstandards

Die G7 ist als Gremium der wirtschaftlich stärksten Nationen in einer herausgehobenen Position, um für eine gerechte und sozialverträgliche Gestaltung der Globalisierung zu sorgen. Bei der Etablierung besserer Arbeitsbedingungen kann die G7 klare Anreize setzen: Für Staaten, die eindeutige Fortschritte in diese Richtung machen, sollten die Länder der G7 einfacheren Zugang zu ihren lukrativen Absatzmärkten anbieten.

Die Vereinigten Staaten haben mit der Schaffung solcher Anreize gute Erfahrungen gemacht, auf denen die G7 aufbauen kann. Der sogenannte *African Growth and Opportunity Act* (AGOA) erlaubt es Nationen aus Subsahara-Afrika, Kleidung und Textilprodukte mit erleichterten Handelsauflagen in die Vereinigten Staaten zu exportieren, sofern diese Staaten Fortschritte bei der Schaffung marktwirtschaftlicher Bedingungen und besserer Arbeitsstandards vorweisen. Zwar läuft dieses Programm nach gegenwärtiger Gesetz-



gebung 2015 aus, aber eine Erneuerung ist wünschenswert und wahrscheinlich. In Anlehnung daran sollten die G7-Staaten insgesamt über weitere Handelserleichterungen nachdenken und nicht wie die Europäische Union darauf bestehen, dass Handelserleichterungen grundsätzlich reziprok sein müssen. Denkbar wäre ein Fokus vor allem auf die Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens, um so die vielfältigen politischen und sozio-ökonomischen Transformationsprozesse in dieser Region aktiv zu begleiten.

Im Jahr 2015 werden wesentliche Entscheidungen für die Weiterentwicklung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit getroffen. Gerade als G7 können die Industriestaaten betonen, dass Demokratie und Marktwirtschaft zusammen gehören. Dabei kann die Bundesregierung mit einer gut vorbereiteten Agenda und der Bereitschaft das Wohlstandsversprechen des Handels zu betonen, im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft eine Vorreiterrolle einnehmen.



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.



Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.